

Pressefrei ab 18.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

**Rede des Ersten Beigeordneten und
Stadtkämmerers Peter Wapelhorst
zur Einbringung des Etats 2023
anlässlich der Sitzung des Rates der Stadt Soest am
19. Oktober 2022**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Ruthemeyer,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

selten ist es mir so schwergefallen, Ihnen einen Entwurf für den Haushalt des kommenden Jahres vorzustellen, wie dieses Mal. Das, was wir seit dem 24. Februar 2022 in Europa erleben müssen, schafft unglaubliche Unsicherheiten. Unsicherheiten bei jedem Einzelnen von uns, aber auch was die Entwicklung von Aufwand und Ertrag für 2023 und die nachfolgenden Jahre angeht. Dennoch ist es der Verwaltungsleitung wichtig, dass die Stadt handlungsfähig ist und bleibt. Vor diesem Hintergrund haben wir uns – anders als der Kreis Soest – entschieden, den Haushalt wie üblich im Oktober einzubringen und mögliche Veränderungen bis zum Beschluss am 14.12.2022 einzuarbeiten, damit wir nicht das Jahr 2023 mit einer vorläufigen Haushaltsführung beginnen. Zu den Unsicherheiten werde ich später noch ein wenig mehr ausführen.

Wie in jedem Jahr stelle ich an den Beginn meiner Haushaltsrede die Kernaussagen für den Entwurf:

- auch für das Jahr 2023 sehe ich keine Erhöhung der Realsteuern vor,
- die Investitionen wurden intensiv in den letzten Monaten in den Blick genommen und insbesondere auf das Leistbare – sowohl aus finanzieller wie auch in personeller Sicht – geschaut,
- leider ist im Entwurf wieder von einem Defizit für das Jahr 2023 auszugehen.

Zu den einzelnen Punkten aber später mehr.

Zunächst der Blick in das laufende Jahr. Dieses entwickelt sich planmäßig.

Waren wir in das Jahr 2022 mit einem leichten Überschuss in Höhe von rund 250.000 Euro gestartet, so belief sich das erwartete Defizit aufgrund der zu übertragenden Haushaltsreste auf 2,25 Mio. Euro. Trotz der vielfältigen Veränderungen im laufenden Jahr, der Verschlechterungen im Bereich Hilfen zu Erziehung von rund 500.000 Euro, den Kindertageseinrichtungen von rund 450.000 Euro und den Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 370.000 Euro, kann ich zu diesem Zeitpunkt sagen, dass das zu erwartende Defizit sich nicht wesentlich ausweitet. Die dargestellten Verschlechterungen werden durch Verbesserungen in einer Vielzahl von Einzelbereichen weitestgehend ausgeglichen.

Auch die Gewerbesteuer, die mit dem Ansatz von 36,4 Mio. Euro erneut hoch angesetzt war, bewegt sich derzeit um diesen Zielpunkt herum. Mal leicht drüber, mal leicht drunter. Entscheidend ist die Gewerbesteuer-ist-zahl am 15.12. Bis dahin kann aber noch viel passieren.

Nach aktuellem Stand werden wir einen leicht höheren Bedarf in die Corona-Nebenrechnung bilanzieren müssen. Geplant waren 3,78 Mio. Euro. Derzeit liegen wir bei 3,83 Mio. Euro.

An dieser Stelle bietet es sich zudem an, über die finanziellen Auswirkungen des Ukraine-Krieges für die Stadt Soest zu berichten. Von Bund und Land erwarten wir Hilfen in Höhe von rund 2 Mio. Euro. Hinzu kommen prognostizierte Einnahmen von Benutzungsgebühren oder Erstattungen von anderen Sozialleistungsträgern in Höhe von rund 520.000 Euro, so dass der Ertrag in diesem Jahr bei rund 2,57 Mio. Euro liegen dürfte. Diesem steht ein Aufwand von ca. 2,2 Mio. Euro gegenüber – inkl. aller Mieten und gewährten Leistungen – so dass für 2022 mit einer mehr als auskömmlichen Finanzierung gerechnet wird. Es ist aber zu befürchten, dass sich diese Entwicklung in 2023 nicht fortsetzt, da das Land NRW ein Gesetz eingebracht hat, dass auch die Ukrainebedingten Mehrkosten und Mindererträge in die uns schon bekannte Nebenrechnung aufgenommen werden sollen. Das lässt befürchten, dass wir perspektivisch die Kosten für die geflüchteten Menschen selber tragen müssen – oder zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil. Aber auch hierzu werde ich später noch etwas sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hatte es ja bereits angekündigt. Leider muss ich Ihnen erneut einen Haushalt vorstellen, der ein Defizit vorsieht. Dieses beläuft sich auf 3.879.419 Euro. Auch die Folgejahre lassen kein

positives Ergebnis erwarten. Und dieser Betrag berücksichtigt erneut die gesetzlich vorgeschriebene Nutzung der Nebenrechnung – nunmehr für die Corona-Schäden und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges.

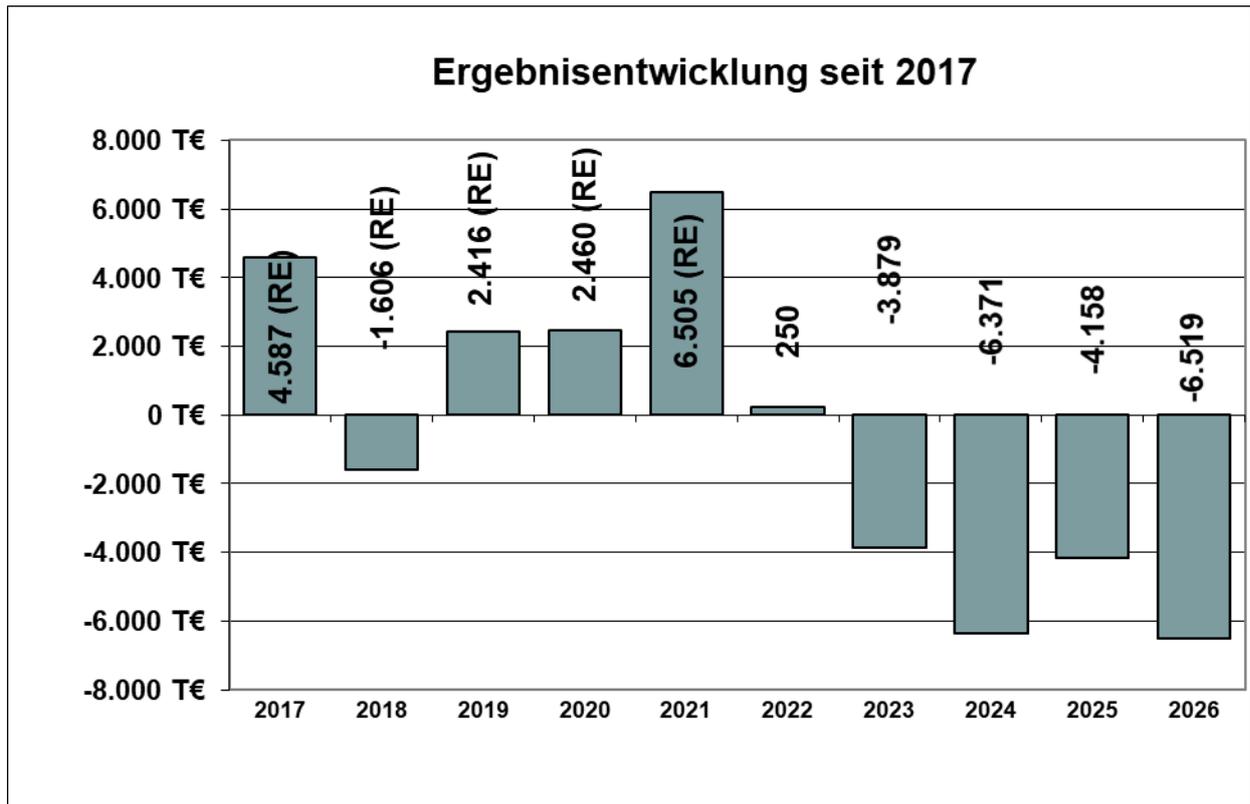
An dieser Stelle möchte ich einmal etwas zu der Nebenrechnung, die nunmehr ausgeweitet und verlängert werden soll, sagen. Ich möchte die Aussagen unseres Bürgermeisters Dr. Ruthemeyer, die er als Präsident des StGB NW getätigt hat, ausdrücklich unterstützen, der sich zwiegespalten zeigte: „Einerseits können sie (die Kommunen) über diesen Mechanismus ihre Handlungsfähigkeit erhalten. Andererseits häufen sie Schulden an und verlagern ihre Probleme nur in die Zukunft. Es bleibt dabei: Wenn von Bund und Land nicht mehr kommt, wird es düster für die Kommunen in NRW.“

Alleine durch die Corona-Pandemie haben wir seit 2020 rund 10,3 Mio. Euro in die Nebenrechnung verlagern müssen. Und zu der Pflicht sage ich später noch etwas. Und jetzt erwarten wir – nach ganz vorsichtiger Schätzung – noch insgesamt knapp weitere 5,1 Mio. Euro für pandemiebedingte Auswirkungen in 2023 und Auswirkungen des Krieges bis Ende 2026.

Diese Beträge sollen dann ab 2026 über max. 50 Jahre aufgelöst werden. Und für diese Beträge müssen wir in dem Zeitraum Kassenkredite aufnehmen, da uns die Liquidität fehlt, auch wenn wir in der Ergebnisrechnung besser aussehen.

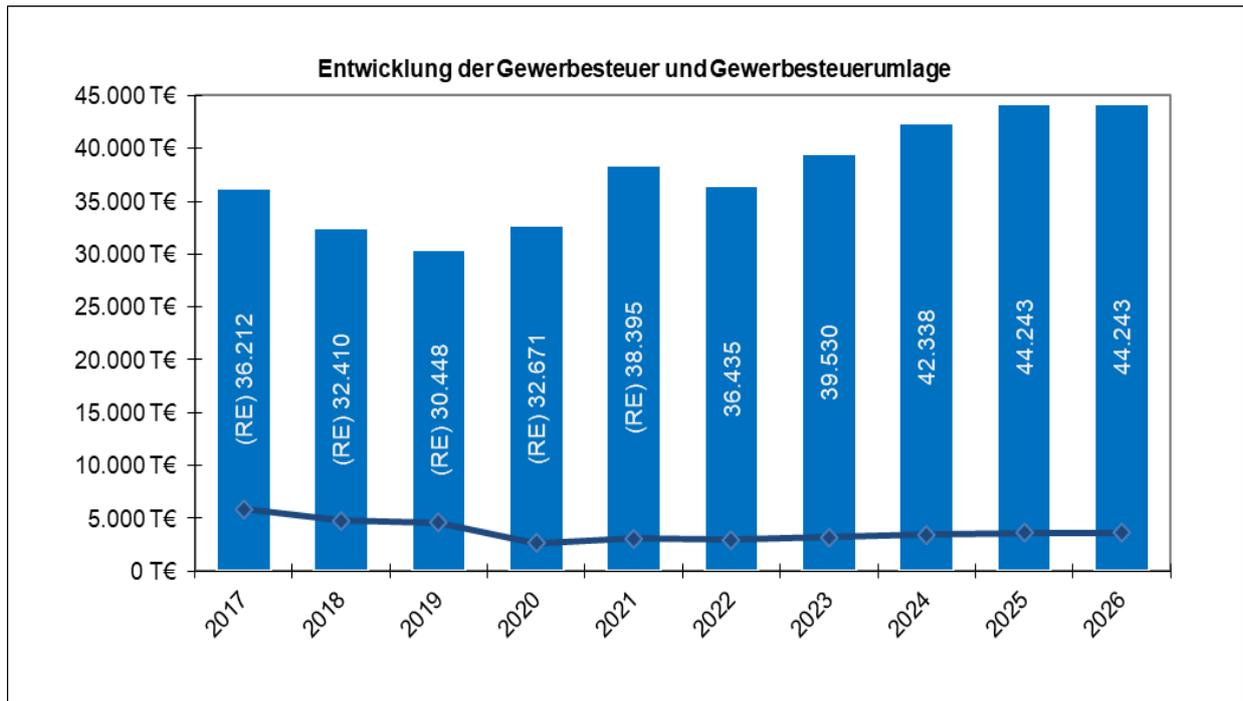
Niemand hier im Hause ist glücklich über diese Vorgabe des Landes und wir alle würden uns eine ausreichende liquide Ausstattung wünschen. Ein Wahlrecht haben wir aber an der Stelle leider nicht.

Wenn wir auf die Jahre seit 2015 zurückblicken, so hatten wir – mit Ausnahme des Jahres 2018 – ausschließlich positive Jahresabschlüsse. Natürlich ist es auch gut, im Entwurf ausgeglichen zu sein. Aber tatsächlich entscheidend ist ja das, was am Ende des Jahres an Gestaltungsspielraum geschaffen wurde. Dank der guten Jahresabschlüsse der Vergangenheit beläuft sich unsere Ausgleichsrücklage, wenn heute der Jahresabschluss 2021 beschlossen wird, auf nahezu 33 Mio. Euro. Dieser Betrag hilft uns in den kommenden, deutlich schwierigeren Jahren. Und dadurch haben wir natürlich Kassenkredite reduziert.

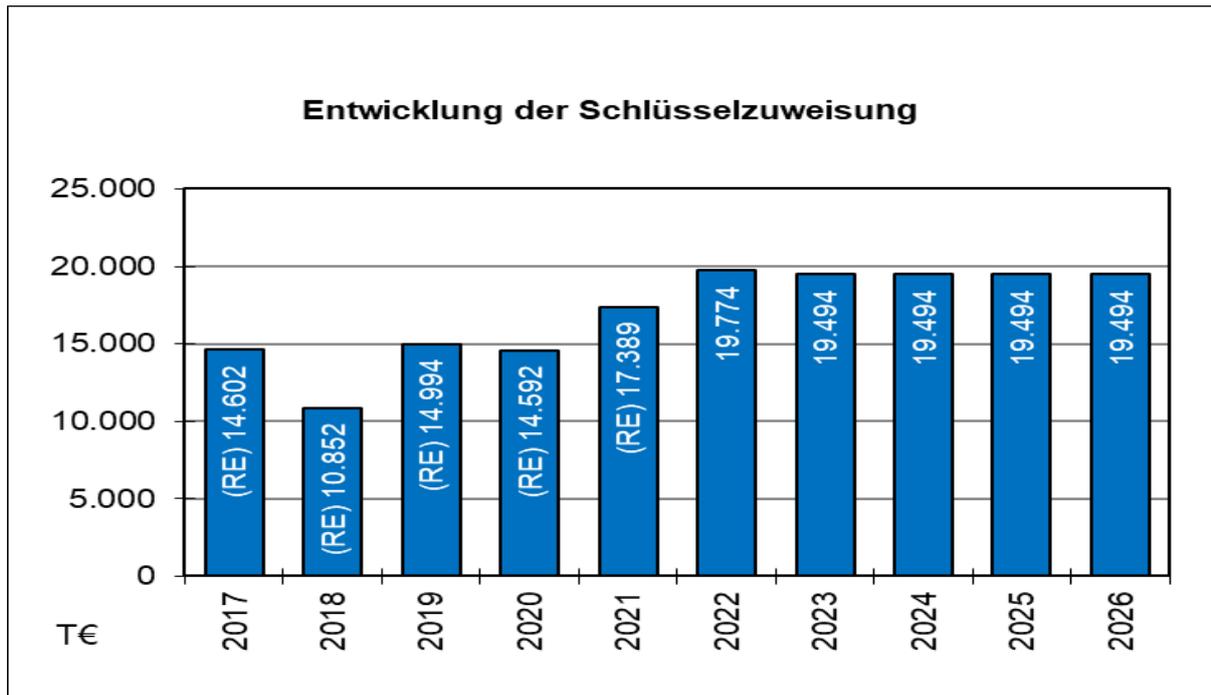


Ich komme jetzt zu der ersten Unsicherheit dieses Haushaltsentwurfes. Nämlich der Gewerbesteuer. Basis für die Prognostizierung der Gewerbesteuer in den Haushaltsentwürfen der vergangenen Jahre waren bisher immer die Orientierungsdaten des Landes NRW. Diese wurde in den letzten Jahren in der Regel Ende August den Kommunen zur Verfügung gestellt.

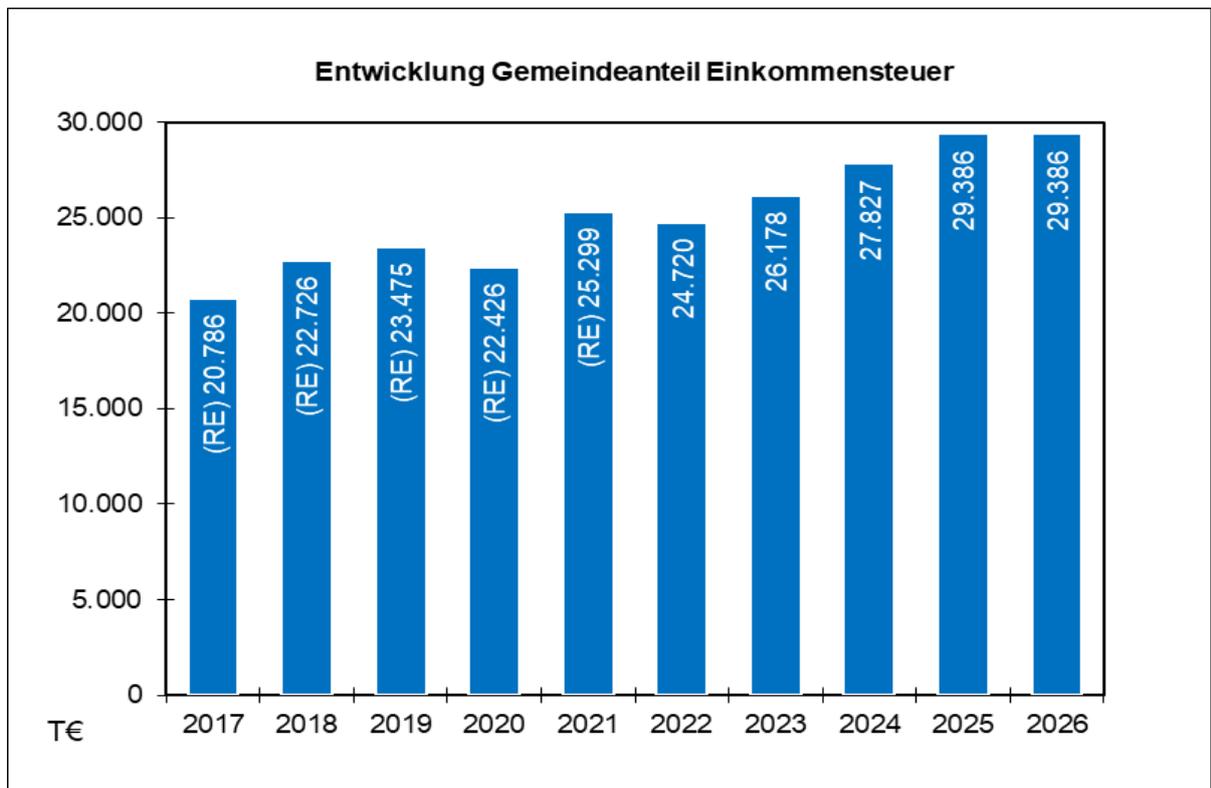
Die Landesregierung hat aber für das Jahr 2023 diese Orientierungsdaten noch nicht ermitteln lassen, da sie zunächst die nächste Steuerschätzung abwarten möchte. Diese ist für Ende Oktober angekündigt, so dass wir hoffentlich Mitte November spätestens die Einschätzung des Landes für die kommenden Jahre erhalten und dann den Ansatz für die Gewerbesteuerentnahme entsprechend anpassen müssen. In der Grafik sehen Sie unsere Erwartungen aus dem letzten Jahr.



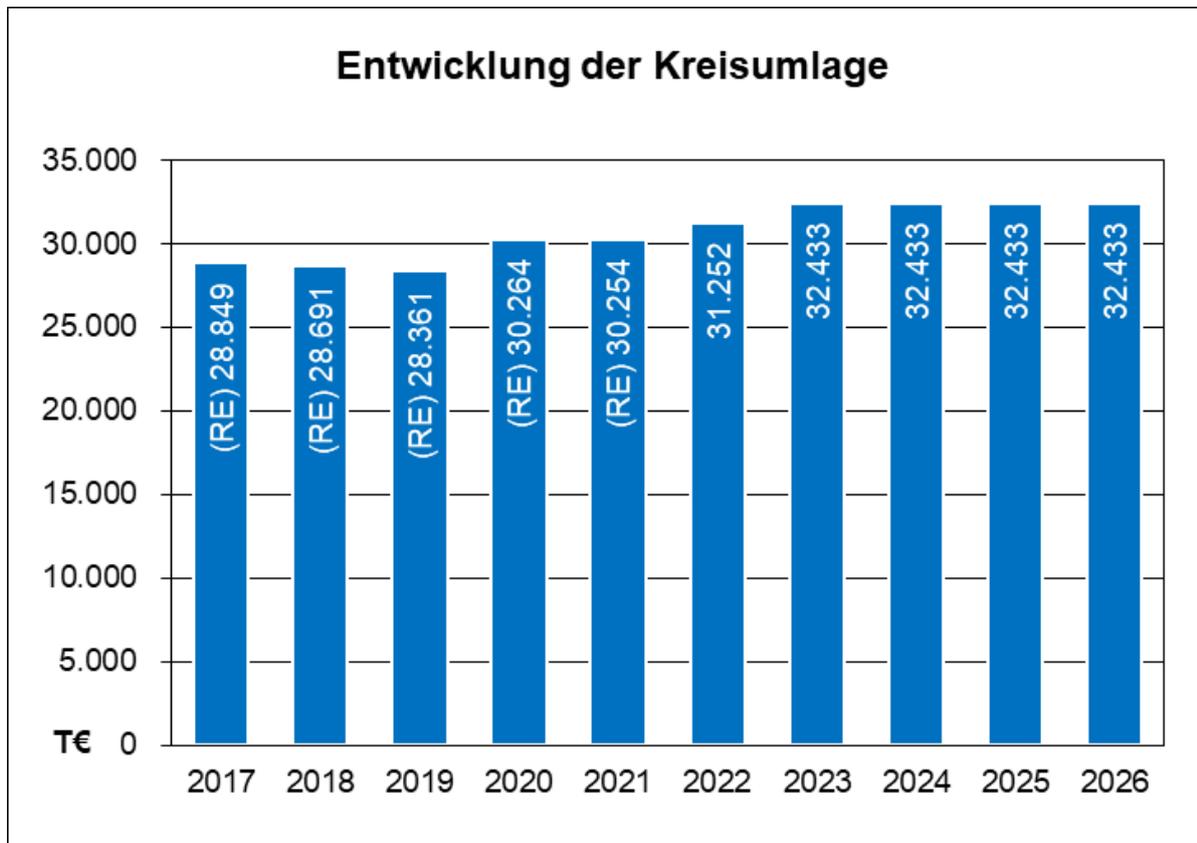
Auch bei den Schlüsselzuweisungen, einer weiteren wichtigen Einnahme unserer Kommune, gibt es noch gewisse Unsicherheiten. Zwar haben wir hier bereits eine erste Arbeitskreisrechnung des Landes vorliegen. Allerdings wird die Verbundmasse – als der Betrag, der an die Kommunen verteilt werden soll – erst nach den Steuer-Ist-Einnahmen zu Ende September festgelegt. Hier hoffen wir auf eine Klarheit in den nächsten Tagen. Im Entwurf finden Sie aber den Betrag aus der ersten Arbeitskreisrechnung und damit herrscht schon – im Gegensatz zur Gewerbesteuer – ein bisschen mehr Klarheit. Sollte die Verbundmasse so bleiben, wie sie vom Kommunalministerium bisher angenommen wurde, dann erwarten wir rund 300.000 Euro mehr an Schlüsselzuweisungen gegenüber der Mittelfristplanung aus 2022.



Für den Ansatz des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer gelten – wie übrigens auch für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer – meine Ausführungen zu der Gewerbesteuer deckungsgleich. Auch hier beziehen sich die Ansätze im Haushalt auf die Mittelfristplanung, da die Orientierungsdaten noch ausstehen.



Auch bei der Kreisumlage haben wir Unsicherheiten und zunächst mit dem bisherigen Zahlbetrag von 176,7 Mio. Euro für alle 14 Kommunen gerechnet, auch wenn der Kreis von 185,9 Mio. Euro ausgeht.



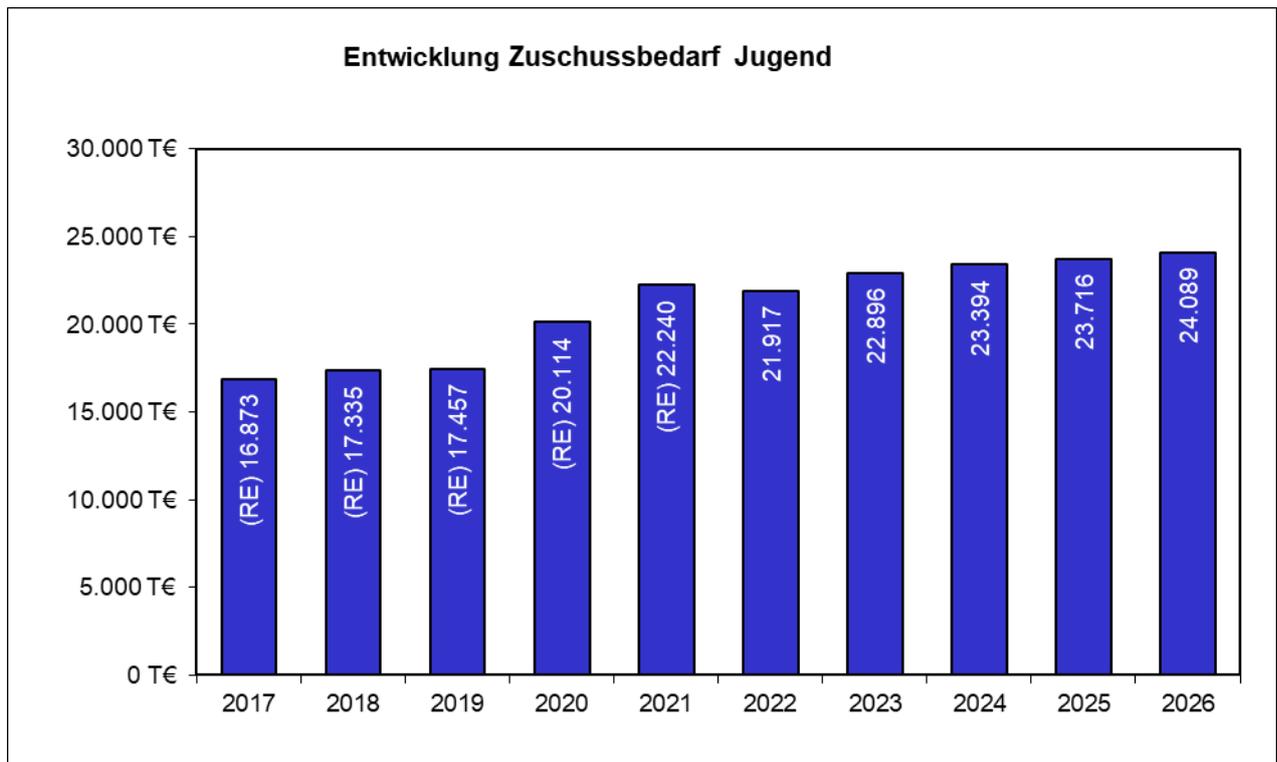
Selbst bei gleichbleibendem Zahlbetrag erhöht sich unser Anteil an der Kreisumlage um rund 1,2 Mio. Euro, da die Entwicklung unserer Gewerbesteuer in dem Zeitraum vom 01.07.2021 bis 30.06.2022 positiver war als die der anderen Kommunen im Kreis Soest. Insofern müssen wir rund 0,67 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und damit 18,35 % an der Kreisumlage tragen.

Der Kreis Soest hat in der Vorstellung der Eckpunkte zum Haushalt 2023 immer wieder auf die Verschlechterungen aufgrund des Ukraine-Krieges und der damit in Verbindung stehenden Energiepreisentwicklung verwiesen. Ähnlich stellte es sich beim LWL dar, dessen Umlage ja u.a. der Kreis Soest zahlt und dieser eine dortige negative Entwicklung über die Kreisumlage an seine Kommunen weitergibt.

Nun hatte ich schon ausgeführt, dass das Land NRW vorsieht, dass auch dieses in der Nebenrechnung abgebildet werden muss. Bisher waren die Umlageverbände der Ansicht, dass es

sich hierbei nicht um eine verpflichtende Bilanzierung handelt. Ministerin Scharrenbach hat aber in einer Videokonferenz mit rund 400 Hauptverwaltungsbeamten Ende September klargestellt, dass aus ihrer Sicht die Bilanzierungsvorschrift den Kommunen im Land die Handlungsfähigkeit erhalten soll und auch für Umlageverbände verpflichtend ist.

Da der Kreis Soest seinen Haushalt erst im Dezember einbringt, werden wir die weitere Entwicklung an dieser Stelle abwarten und alles daransetzen, dass der Zahlbetrag für die Kommunen im Kreis möglichst stabil bleibt.



Meine Damen und Herren,

im Bereich Jugend haben wir in den letzten Jahren immer weitere Kostensteigerungen zu verzeichnen gehabt, selbst bei gleichbleibenden Fallzahlen. So gehen wir davon aus, dass wir bei der Tagesbetreuung von Kindern weitere 250.000 Euro Verschlechterung gegenüber dem verzeichnen, was wir eigentlich für 2023 erwartet haben. Bei den Hilfen für junge Menschen sind sogar 370.000 Euro mehr als in der Mittelfristplanung für das kommende Jahr vorgesehen. Hinzu kommt, dass die unterjährigen Berichte einen Mehrbedarf in diesem Bereich von rund 1 Mio. Euro für 2022 prognostizieren.

Und auch hier scheinen Bund und Land der Meinung zu sein, dass es immer wieder mehr Aufgabenzuwächse geben darf. Ich befürchte für die nächsten Jahre eine Entwicklung, die unseren Haushalt weiter belastet.

Komme ich nun zum Bereich Personal und zu einem wieder umfänglichen Thema:

Was die erforderlichen weiteren Stellen im Stellenplan angeht, so möchte ich es gerne zweigeteilt vorstellen.

Ich gehe zunächst auf die Entwicklungen aufgrund der anstehenden Organisationsänderung rund um die KBS ein. Dieser Punkt steht ja gleich auch noch auf der Tagesordnung.

Um rund 678.000 Euro an Umsatzsteuer zu sparen, sollen ja aus der derzeitigen AÖR alle Aufgaben – mit Ausnahme des Bereiches Abwasser – herausgelöst und als eigenbetriebsähnliche Einrichtung zusammen mit der ZGW neu gegründet werden. Gleichzeitig hat der Rat am 04.05. entschieden, dass die Finanzabteilungen der Stadt und der AÖR zu einer gemeinsamen Abteilung bei der Stadt verbunden werden. Diese Entscheidungen wirken sich in 3 Bereichen auf die Stadtverwaltung aus:

- aus der Finanzabteilung der AÖR werden 6,0 Stellen in die Finanzabteilung der Stadt übertragen;
- da die zukünftige KBS ebE keine eigene Dienstherreneigenschaft hat, werden die dort tätigen Beamtinnen und Beamten im Stellenplan der Stadt geführt, aber in die KBS entsendet;
- aufgrund der Tatsache, dass – trotz eigenem Stellenplan für die tariflichen Beschäftigten – alle Stellen der KBS ebE nachrichtlich im Stellenplan der Stadt ausgewiesen werden müssen und nach Landespersonalvertretungsrecht der Stadt auch zugerechnet werden, ergibt sich für den Personalrat der Stadt Soest eine zweite Freistellung. Alle Angelegenheiten des Personals der KBS ebE werden dann im Personalrat der Stadt mitbehandelt.

Insgesamt sprechen wir für diese 3 Punkte über 11,5 Stellen, die im Stellenplan der Stadt ausgewiesen werden müssen. Selbstverständlich zahlt die KBS ebE die Dienstleistungen, die sie in Anspruch nimmt, über die Verwaltungskostenerstattung an die Stadt, so dass es eine für alle Seiten nachvollziehbare Darstellung des tatsächlichen Aufwands der KBS in dem dortigen Wirtschaftsplan gibt.

Bei allen Überlegungen zur organisatorischen Entwicklung der AöR war es allen Beteiligten immer wichtig, dass möglichst viel der positiven Erfahrungen und der tatsächlichen Abbildung des Aufwandes und des Ertrages erhalten bleibt. Das ist über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung mit eigenem Wirtschaftsplan inkl. Behördeneigenschaft gewährleistet.

Darüber hinaus sieht der Entwurf weitere 9 Stellen vor. Ich hatte eben im Bereich Jugend schon ausgeführt, dass Land und Bund sehr kreativ mit der Schaffung von neuen Aufgaben in diesem Bereich umgehen. Für diese zusätzliche Aufgabenerledigung benötigen wir zusätzliche personelle Ressourcen. So sollen 1,5 Stellen für die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes eingerichtet werden. Weiterhin 1 Stelle zur Entfristung im Bereich der Schulsozialarbeit und 1 Stelle für ein Kommunales Integrationsmanagement. Diese Stellen sind – zum Glück – aber weitestgehend gefördert, so dass sie den Haushalt netto nicht wesentlich belasten.

Als Digitale Modellkommune haben wir in den vergangenen Jahren eine deutliche Entwicklung im Verhältnis zu anderen Kommunen unserer Größenordnung erreicht. Dieses wird auch überregional wahrgenommen und hilft mit Sicherheit, qualifiziertes Personal in allen Branchen unserer Stadt für eine Stelle in Soest zu interessieren. Diesen Vorsprung gilt es jetzt zu wahren und sogar noch auszubauen. Mit dem Digitalen Lern- und Arbeitszentrum (DiLAS) am Bahnhof und dem Stadtlabor haben wir hier Bereiche, um weiter aktiv den digitalen Wandel zu gestalten und auch für jüngere Generationen als Stadt interessant zu sein und zu bleiben. Der bewilligte Förderantrag zu DiLAS sieht für 2023 die Einrichtung der ersten Stelle in diesem Bereich vor. Und auch das StadtLABOR soll seine gute Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Um das zu erreichen, muss zum jetzigen Zeitpunkt zumindest eine Stelle entfristet werden.

Für die Abteilung Ordnungs- und Bürgerangelegenheiten sehen wir insgesamt 2,5 Stellen vor. Eine Stelle ist erforderlich, um alle verkehrsrechtlichen Anordnungen rund um den für 2023 erwarteten Glasfaserausbau zu gewährleisten. Darüber hinaus – und das nehmen Sie ja auch wahr – müssen wir im Bereich der sonstigen verkehrsrechtlichen Anordnung, als auch bei der Genehmigung von Veranstaltungen etwas tun. Ansonsten kommt es alleine durch die Bearbeitungszeiten zu Verzögerungen, die dann dazu führen, dass wir mehr Baustellen gleichzeitig in der Abarbeitung haben. Daher soll hier eine weitere Stelle zur Verfügung gestellt werden.

Und dann hat eine Stellenbedarfsanalyse gezeigt, dass auch im Standesamt noch Bedarf an einer weiteren halben Stelle besteht.

Last but not least ist es in dem Bereich der IT unserer Stadt erforderlich, 1 Stelle zusätzlich zur Verfügung zu stellen, um so die administrative Abwicklung unserer digitalen Infrastruktur zur gewährleisten.

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen die Stellen vor, die aus unserer Sicht unabdingbar für unsere Stadt sind. Auch wenn ich weiß, dass dieses immer ein schwieriges Thema ist.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Schwerpunkt meiner heutigen Rede sollen die Investitionen für das kommende Jahr darstellen. Und auch hier möchte ich zunächst auf die Auswirkungen aufgrund der Organisationsänderung rund um die KBS eingehen.

In jedem Frühjahr sprechen wir über Haushaltsreste, die aus dem Vorjahr übernommen werden müssen. In den letzten Jahren ist dieser Betrag deutlich angestiegen.

Im kommenden Jahr wird es aber nur einen kleineren Betrag zur Übernahme geben, da die KBS in der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ja neu startet. Weder die ZGW noch der Bereich Straßen, Gewässer, Grün können dann Haushaltsreste bilden. Dieses ist natürlich bei den jetzigen Planungen berücksichtigt. Es sind also dann im Wirtschaftsplan der KBS ebE rund 12,3 Mio. Euro für Projekte aufgeführt, die in 2022 durch den Haushalt der Stadt und die Wirtschaftspläne der KBS AÖR und der ZGW bereits beschlossen und genehmigt wurden, aber für deren Fortführung wir in 2023 einen neuen Ansatz benötigen.

Die Planungen sehen darüber hinaus für die Jahre 2023 bis 2026 für Stadt und die zukünftige KBS eine Nettoneuverschuldung – ohne Haushaltsreste - von rund 13,6 Mio. Euro vor. Wobei das Projekt Gebäude an der Werkstraße inkl. Parkhaus durch die Stadt als Bauherrin durchgeführt wird und im städtischen Investitionsprogramm eingeplant ist. Wenn man berücksichtigt, dass wir in der Finanzplanung aus dem letzten Jahr für die Jahre 2023 bis 2025 alleine 21,2 Mio. Euro vorgesehen hatten, dann haben die Fachabteilungen in den letzten Monaten noch einmal sehr intensiv überprüft, welche Investitionen tatsächlich erforderlich und dann auch noch leistbar sind. Es ist das Ziel, dass auch zukünftig weniger Reste in das Folgejahr

übertragen werden müssen. Das geht aber nur, wenn wir die Planungen auf das tatsächlich leistbare beschränken. Und genau so sind Haushalt und Wirtschaftsplan aufgebaut.

Und dennoch haben wir wieder viele Punkte auf der Liste. Ich möchte an dieser Stelle nur die high-Lights benennen:

Bei der Stadt sind es insbesondere:

- der Ausbau des Jahnstadions, der bei einem Volumen in Höhe von 764.000 Euro mit 668.000 Euro gefördert wird;
- das Gebäude an der Werkstraße, welches für 2023 2,8 Mio. Euro Invest vorsieht;
- auch mit dem Parkgebäude an der Werkstraße soll gestartet werden. Es soll als klimaneutrales Parkhaus ein Vorzeigeobjekt für die Stadt Soest und die Region werden.
- die Feuerwehr, der Breitbandausbau auf den Ortsteilen und auch der Ausbau von Ladeinfrastruktur sind mit 6-stelligen Beträgen berücksichtigt.

Bei der KBS sind berücksichtigt:

- die energetische Sanierung des Kommunalbetriebshofs als beginnende Maßnahme mit 1,3 Mio. Euro in 2023;
- Aktualisierung unseres Fuhrparks – immer auch unter dem Klimagesichtspunkt;
- Ausbau Alter-Elfser-Weg;
- Abschluss des Ausbaus Sigefriedwall;
- Abschluss Ausbau Eichendorfstraße;
- verschiedene weitere Ausbaumaßnahmen im Bereich des Straßenbaus;
- Barrierefreie Gestaltung der Innenstadt mit 300.000 Euro;
- Fortführung des Ausbaus des Windmühlenweges;
- der nächste Abschnitt des Wallentwicklungskonzeptes am Freiligrathwall – auch hier mit einer entsprechenden Förderung;
- Baumaßnahmen an den Feuerwehrgerätehäusern mit insgesamt rund 2,04 Mio. Euro bei 250.000 Euro Förderung;
- weiterer Ausbau Petrischule und Start der Baumaßnahme Hellweg-Grundschule im Bereich des offenen Ganztages;
- Start der Baumaßnahmen am Aldegrever- und Archi-Gymnasium mit Blick auf den Wechsel von G8 nach G9 und

- natürlich die Maßnahmen zur Umsetzung des Medienentwicklungsplanes aus dem Jahre 2018 – hier an unseren Grundschulen.

Ein umfassendes Programm, aber – nach Aussage aus den Fachabteilungen – leistbar.

Das Thema „Klimaneutralität“ ist natürlich immer noch ganz oben auf unserer Liste und wir arbeiten mit hoher Priorität an den einzelnen Bereichen. Eine allumfassende Ausführung hierzu würde aber den zeitlichen Rahmen heute sprengen. Daher in aller Kürze:

Sie finden 14 mittelfristige und 12 Jahresziele mit einem konkreten Bezug zum Thema „Klimaschutz“. Im Haushalt der Stadt stehen zudem für das kommende Jahr wieder Mittel für Förderprogramme und die unterschiedlichen Maßnahmen zur Verfügung.

Der kommende Wirtschaftsplan der KBS sieht mehr als 3,4 Mio. Euro Investitionen insbesondere in den Kommunalbetrieb am Christophorusweg und verschiedene energetische Verbesserungen an unseren Gebäuden vor.

Alleine die Stadtwerke planen mit mehr als 11 Mio. Euro für das kommende Jahr. Dabei insbesondere die Umsetzung der Kalten-Nahwärme im Soester Norden und die Unterstützung der Kundinnen und Kunden beim Aufbau der Photovoltaik.

Und auch in den Folgejahren ist einiges vorgesehen. Exemplarisch sei die Sanierung der Astrid-Lindgren-Schule genannt, die hier besonders ins Gewicht fällt.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen zwei Jahren habe ich ausführlich dargestellt, dass die Stadt Soest sowohl bei der Gewerbe- als auch bei der Grundsteuer ausgesprochen bürgerfreundlich ist und sich am unteren Rande der Hebesätze sowohl im Vergleich ähnlicher Kommunen in NRW als auch im Kreis Soest befindet. Im letzten Jahr habe ich Ihnen keine Anhebung der Realsteuerhebesätze vorgeschlagen, da es bei einem ausgeglichenen Haushalt nicht opportun erschien. Nun müssten wir eigentlich die Hebesätze aufgrund der aktuellen Haushaltsentwicklung in den Blick nehmen.

Trotzdem schlage ich es Ihnen heute nicht vor, da wir die schwierige wirtschaftliche Lage, sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Firmen nicht noch durch erhöhte Steuern belasten sollten. Wenn Gas- und Strompreisdeckel tatsächlich kommen und wirken, dann sollte und kann man sich diesem Thema nicht verschließen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre das aber wirklich ein falsches Signal. Ich hoffe, dass Sie mit mir in diesem Punkt übereinstimmen.

Soviel zum Haushalt für das Jahr 2023, wie ich ihn zum jetzigen Zeitpunkt vorlegen kann. In den Fachausschüssen haben Sie – wie immer – die Möglichkeit, die jeweiligen Teilbereiche mit unseren Fachleuten aus den Abteilungen zu besprechen. Ich habe am Anfang ausgeführt, warum ich mit Veränderungen in den kommenden Wochen rechne. Wollen wir gemeinsam hoffen, dass diese nicht zum Nachteil der Stadt ausfallen und wir im Dezember zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen können.

Einen besonderen Schwerpunkt des Jahres 2023 möchte ich an der Stelle aber noch nennen. Dieser hat nämlich unmittelbare Auswirkungen auf die Haushalte der Folgejahre. So haben wir uns vorgenommen, im Rahmen des Prozesses hin zu einer klimaneutralen Smart-City einen Nachhaltigkeitshaushalt aufzustellen, über den Sie dann in 12 Monaten beraten sollen. Auch dieses ist eine der Herausforderungen, der wir uns stellen.

Meine Damen und Herren des Rates, ich komme jetzt zum Ende meiner diesjährigen Haushaltsrede und übergebe Ihnen nun den Entwurf für die weiteren Beratungen - zunächst in Ihren Fraktionen, dann in den Fachausschüssen und abschließend am 14.12. hier im Rat. Wie schon in den letzten Jahren wünsche ich Ihnen und uns konstruktive und zielführende Gespräche und bin auf die anregenden Diskussionen gespannt.

Abschließend möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Finanzabteilung unter der Leitung von Herr Meyer, dem zuständigen Arbeitsgruppeneiter Thomas Arens, den Damen Thiergarten und Düllberg und den Herren Gösmann und Wenner danken. In diesen unsicheren Zeiten die Fäden in der Hand zu halten, ist nicht einfach. Daher freue ich mich, dass wir es gemeinsam geschafft haben, heute dieses Werk zu überreichen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.